

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/48

9. März 1972

Konjunkturpolitik vor wichtigen Entscheidungen

Die Stabilität hat den Vorrang

Von Prof. Dr. Karl Schiller MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Seite 1 / 46 Zeilen

Europa formiert sich

Bedeutender Fortschritt auf dem Weg zur
Währungsunion

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 2 und 3 / 52 Zeilen

"Show-off"

Die Union ist unsicher

Von Jochen Schulz
Sprecher des Parteivorstandes

Seite 4 und 5 / 87 Zeilen

Unbestreitbare Leistungen

Zügige Verwirklichung des Hochschul-Schneil-
bauprogramms

Von Peter von Oertzen MdB
Kultusminister von Niedersachsen

Seite 6 und 7 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 896 846 / 896 847/
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Konjunkturpolitik vor wichtigen Entscheidungen

Die Stabilität hat den Vorrang

Von Prof. Dr. Karl Schiller MdB

Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Am Vorabend des 24. Gesprächs im Rahmen der konzertierten Aktion und der Einbringung des Jahreswirtschaftsberichtes im Deutschen Bundestag steht die Konjunkturpolitik vor drängenden Fragen: Die Entscheidung über den richtigen Zeitpunkt für die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages sollte bald gefällt werden. Die Beschlußfassung über den Einsatz oder Nichteinsatz des Eventualhaushaltes erscheint zwar im Augenblick noch nicht vordringlich. Aber wir müssen gründlich prüfen, ob die Beschäftigungslage und die Preissituation in einigen Wirtschaftszweigen (z.B. Tiefbau) früher oder später einen teilweisen Einsatz des Eventualhaushaltes erforderlich macht.

Für die Bundesregierung und besonders für den verantwortlichen Minister werden die Anregungen und Vorschläge, die von meinen Kollegen aus den Bundesländern, von Unternehmern und Gewerkschaften vorgetragen werden, in den nächsten Tagen von größtem Interesse sein.

Nach den Währungsbeschlüssen von Washington, nach den jüngsten Tarifabschlüssen und nach der Diskontsenkung der Deutschen Bundesbank hat sich das allgemeine Konjunkturklima in der Bundesrepublik merklich gebessert. Das Eis scheint gebrochen zu sein, die Stimmung und die Erwartungen der Unternehmer haben sich gebessert. Die Arbeitsplätze sind sicher. Besondere Beachtung hat die Tatsache gefunden, daß Bundesbank und Bundesregierung fest entschlossen sind, die in Washington getroffenen Entscheidungen unter allen Umständen zu verteidigen. Die Einführung des Bardepots war ein erster Schritt. Danach folgten dann die Beschlüsse des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften vom 7. März. Sie werden selbst hartnäckige Devisenspekulanten zu besseren Einsichten bringen: Zehn Europäische Länder werden und müssen in den nächsten Jahren in der Währungspolitik enger zusammenarbeiten als je zuvor. Dies ist ein neues Datum auch für die deutsche nationale Konjunkturpolitik.

Die bisher über die Monate Januar und Februar vorliegenden noch unvollständigen Wirtschaftsdaten lassen den Schluß zu, daß der konjunkturelle Abkühlungsprozeß in der Bundesrepublik sich verlangsamt. Die leicht rückläufige Zahl der Arbeitslosen wie auch der Auftragseingang in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sind erste positive Anzeichen. Zwar gilt auch hier: Selbst zwei Schwaben machen noch keinen Sommer. Aber: Der nächste Sommer kommt bestimmt.

In dieser Situation muß die Konjunkturpolitik durch wohlgezielte und vorsichtig dosierte Maßnahmen bemüht sein, die Rahmenbedingungen für einen gleitenden Übergang zu einer stabilen Konjunkturlage vorzubereiten.

(-/ex/9.3.1972/ks)

+ + +

Europa formiert sich

Bedeutbarer Fortschritt auf dem Weg zur Währungsunion

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Westeuropas Einigung gleicht in manchem einem Puzzle-spiel mit dem allerdings großen Unterschied, daß wir keine eindeutige Vorlage dessen haben, was Europas Bildnis einmal sein wird. Den Vätern der europäischen Integration schien noch alles so einfach zu sein: Zollunion, Wirtschaftsunion, politische Union würden als Etappen planmäßig hintereinander abrollen. Naiv oder schlicht böswillig meint Rainer Barzel sich immer wieder über die Selbstverständlichkeit der Aussage Bundeskanzler Brandts aufregen zu sollen, der endgültige politische Zusammenschluß Europas zu einem Bundesstaat nach unserem Vorbild sei eine Aufgabe des nächsten Jahrzehnts. Denn viel Mühsal liegt noch vor uns.

Ein wichtiges Stück Arbeit auf unserem Weg ist in dieser Woche in Brüssel geleistet worden. Nach den Beschlüssen der Haager Gipfalkonferenz im Herbst 1969, dem Beitritt weiterer Länder zur EWG, der Beilegung der weltweiten Währungskrise kommen wir ein weiteres wichtiges Stück auf dem Wege der westeuropäischen Integration voran. Wie peinlich wirken vor diesem Hintergrund unserer erfolgreichen Europapolitik die unwahren Verdächtigungen der Opposition, unsere Ostpolitik schwäche die westeuropäische Integration.

Die Meldungen über die Brüsseler Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungspolitik gehen einher mit einem neuerlichen Kursverfall des Dollars. Die USA sind im Wahlkampf und ihre Regierung nimmt deshalb nicht ausreichend ihre weltweiten währungspolitischen Verpflichtungen wahr. Die Parole "jeder ist sich selbst der Nächste" reicht nicht, um die Haltbarkeit der Washing-

toner Währungs- und Handelsbeschlüsse auf Dauer zu sichern. Die EWG muß sich selbst handlungsfähig machen, um allen möglichen Turbulenzen gemeinsam begegnen zu können.

Das ist in Brüssel geschehen. Ebenso wichtig ist aber auch, daß bedeutende Fortschritte zur Koordinierung der nationalen Konjunkturpolitik der EWG-Mitgliedstaaten erreicht wurden. Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Wirtschaftswachstum können immer weniger national gesichert werden. Fast die Hälfte unserer Exporte gehen in die große EWG. Deshalb ist es gut, daß wir uns jetzt währungs- und konjunkturpolitisch verbünden und verbinden, um unsere Probleme gemeinsam zu lösen. Dazu gehört auch die schrittweise Entwicklung aller Regionen Westeuropas.

Um noch einmal zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Es mag durchaus sein, daß wir die Position des Elements "Wirtschafts- und Währungsunion" im werdenden Bild von Europas Einheit künftig noch einmal etwas verändern müssen. Die europäische Integration läßt endgültige Weisheiten und Positionen angesichts wechselnder Problemstellungen noch weniger zu als die nationale Politik.

Westeuropas Konturen werden immer deutlicher. Das Europa der Zehn wird nicht zu einer simplen Freihandelszone degenerieren. Die Brüsseler Beschlüsse dieser Woche sind im Gegenteil ein deutliches Zeichen für die allseitige Bereitschaft, die europäische Integration konstruktiv und zügig voranzutreiben.

(-/ex/9.3.1972/bgy)

- + -

"Show-off"

Die Union ist unsicher

Von Jochen Schulz

Sprecher des Parteivorstandes

Das, was in diesen Tagen in Bonn und anderswo von den Unionsparteien geboten wird, heißt in den USA eine "show-off" - zu deutsch: Angeberei. Showman Barzel und die anderen Mitglieder seiner Truppe haben eine Vorstellung gegeben, die sich sehen lassen konnte. Noch hat sich der Vorhang nicht völlig gesenkt, doch wird die Schaubude leerer. Bis auf etwas Norvenkitzel und spaltenfüllende Latrinen-Parolen wird von der Show nichts übrigbleiben.

Ihr Ablauf soll hier nicht noch einmal in ihren einzelnen Akten seit dem Überlaufen Dr. Hupkas zur CDU/CSU-Fraktion beschrieben werden - es lohnt nicht. Die Dramaturgie hat nicht schlecht geklappt und man hat offenbar auch jetzt noch einige "show-off's" in petto, die dem - je nach innerem Abstand zu den Dingen mehr erstaunten oder mehr amüsierten - Publikum geboten werden. So die Vorstellung des schleswig-holsteinischen Staatsmannes Narjes als Unionsanwärter für das Amt des Bundeswirtschaftsministers und anderer Unterhaltungsstoff. Auch im Ausstreuen von Gerüchten über potentielle Überläufer aus SPD oder FDP war man nicht faul. Nicht wenige Journalisten stellten auf den Papierservietten des Bundeshaus-Restaurants einschlägige Listen zusammen, die spätestens am kommenden Tage den diesen Papieren zukommenden Weg antraten. Meier, Müller, Schulze - das Dementi hat man dann ebenfalls exklusiv.

Nicht zu reden von dem tüchtigen Herrn Kraske, der seine Reisen absagt, um die CDU (Triimm' Dich, sprich wieder mal von Neuwahlen!) auf ausbleibende Ereignisse vorzubereiten und bequemlichkeitshaiber gleich den Wunsch nach Rücktritt der Bundesregierung auszusprechen.

Um diese kleine Auswahl zu vervollständigen, meint Herr Windelen, es spreche manches dafür, daß die neue Ostpolitik einen bündnisfreien, neutralen Status für Deutschland ansteuert. Windelen verwechselt Ignoranz mit Politik. Er ignoriert bewußt die bis zum Überdruß ausgesprochenen Bekenntnisse der SPD sowie der Bundesregierung zur EWG und zur NATO und ihre diesen Bekenntnissen entsprechende Politik. Dieser feine Herr ist einer derjenigen, die mit Hilfe diffamierender Behauptungen nach dem Motto, etwas wird schon hängen bleiben, die Luft verpesten und die sachliche politische Auseinandersetzung nahezu unmöglich machen.

Nun, das alles flaut auch wieder ab. Schon vor dem "show-down", der eigentlichen Kraftprobe also, wird es den maßgebenden Schau-

stellern und Schauspielern blüherant - und wie! Man studiere einmal die letzten Erklärungen Herrn Dr. Schröders, oder auch des CSU-Gewaltigen F.J.S! Solch' vornehme Zurückhaltung in Sachen Ostverträge und Neuwahl-Chancen der Union erlebt man selten von dieser Seite. Während des Abspulens des "show-off" nämlich blieb nicht nur der Beifall aus. Das Mißfallen aus allen Teilen der Welt (nur in der Lautstärke, nicht aber in der Melodie gab und gibt es Unterschiede) war und ist vernichtend für die Veranstalter.

So weit, so gut. Glauben übrigens die Unionsparteien wirklich, alle ihre Parlamentarier sind auf eine Ablehnung der Ostverträge eingeschworen? Wir empfehlen, beispielsweise bei den Abgeordneten Dr. Winfried Finger, Adolf Müller, Hans Dichgans oder Erik Blumenfeld nachzufragen, ob ihr Nein zu den Ostverträgen für Anfang Mai schon hundertprozentig gebucht ist.

Doch mögen das ebensolche Spekulationen über die Haltung unentschlossener CDU-Parlamentarier sein, wie sie ungekehrt über SPD und FDP angestellt worden sind. Unüberhörbarer für die Unionsparteien, wenn diese entgegen zuverlässigen Hinweisen tatsächlich ehrlich Neuwahlen wünschen würden, sind doch die Stimmen aus dem außerparlamentarischen Raum - aus ihrem eigenen Lager, vor allem der Jugend. Aus dem Volk also, das wählen soll!

Vor einigen Tagen flog den Bonner Journalisten die Entschliesung eines bunt zusammengewürfelten Kreises auf den Tisch unter der Überschrift "Verträge ratifizieren jetzt!". Es befanden sich mehrere Vertreter der "Jungen Union" unter ihnen. Mehr Aufsehen erregte schon eine Entschliesung der 22. Bundesversammlung des RCDS vom letzten Sonntag, in der der Ratifizierung der Verträge zugestimmt wird. Die Christlichen Studenten wollen allerdings - ebenso wie die sich ebenfalls "bedingt" für die Ratifizierung der Verträge einsetzende Junge Union in Rheinland-Pfalz, dem Vertragswerk eine Präambel voranstellen. Weiter: Die Landeskonzferenz der Jungen Union Niedersachsens wählt mit einer Differenz von nur zwei Stimmen ihren Vorsitzenden Bernd Huck ab, weil er der CDU/CSU Stimmenthaltung zu den Verträgen empfiehlt.

Die Aufzählung ähnlicher Stimmen und Vorgänge könnte hier fortgesetzt werden, so z.B. aus dem kirchlichen Raum, nicht zu reden von Meinungsäußerungen der Wirtschaft. Schon jetzt erkennbare positive Auswirkungen der Verträge sollten ebenfalls nicht für selbstverständlich gehalten werden. Auf die Berlin-Situation ist aus dem Munde prominenter SPD-Politiker häufig genug hingewiesen worden. Die Nein-Sager sollten auch die Familienzusammenführung aus Polen und so "kleine Dinge" wie der zu allen Hoffnungen berechtigenden Beginn der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz und manches andere nicht aus ihrem Bewußtsein verdrängen. Sie täten Deutschland keinen Gefallen damit - vom eigenen Dilemma, in das sie ihr "show-off" bringt, ganz zu schweigen.

(-/ex/9.3.1972/ks)

Unbestreitbare Leistungen

Zügige Verwirklichung des Hochschul-Schnellbauprogramms

Von Peter von Oertzen MdL
Kultusminister von Niedersachsen

Die bildungspolitische Szene ist zur Zeit verwirrend. Die Schlagzeilen vieler Zeitungen versuchen dem bildungspolitisch Interessierten einzureden, daß die sozialdemokratischen Initiativen gescheitert sind. Die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Landesregierungen werden als Illusionisten hingestellt, die mit ihren hochfliegenden Plänen nun auf dem harten Boden der Tatsachen gelandet seien.

Diese Kritik übersieht bewusst die Leistungen der SPD. So wird ständig behauptet, daß die SPD im Bund ihre Ziele nicht habe verwirklichen können. Dabei sind die Leistungen seit 1969 unbestreitbar. Das Schnellbauprogramm des Bundes hat Tausende von neuen Studienplätzen an den Hochschulen geschaffen. Mit dem Graduiertenförderungsgesetz wurde ein erster Schritt auf die Chancengleichheit auch beim Zugang zur Hochschullehrerlaufbahn getan. Das Hochschulbauförderungsgesetz bewährt sich in der Praxis. Zahlreiche Modellversuche im Schulwesen - auch in Niedersachsen - werden mit Bundeshilfe gefördert. Zwar bedauert es besonders Niedersachsen, daß die Planungsreserve im Haushalt des Bundeswissenschaftsministers gestrichen worden ist, denn davon hatten wir uns eine Förderung unserer Bildungspolitik erhofft; doch diese Streichung kann noch rückgängig gemacht werden. Der Bund hat im Rahmen seiner Kompetenzen einiges in der Bildungspolitik bewegt.

Trifft diese positive Bilanz auch für Niedersachsen zu? Trotz des Geschreis unserer politischen Gegner lautet die Antwort: Ja!

Die SPD hat in Niedersachsen mit dem bildungspolitischen Auf-der-Stelle-Treten Schluß gemacht. Das zeigen die Richtlinien für die regionale Schulplanung, die Auflösung von Zwergschulen,

die Einführung der Orientierungsstufe und unser umfangreiches Schulversuchsprogramm. Ganz zu schweigen von kleineren, aber deswegen nicht weniger wichtigen Maßnahmen, wie der Neuordnung der Seminare für die Junglehrer und Referendare, der Verbesserung der Referendarbesoldung, dem Ausbau der Lehrerfortbildung, der Aktion zur Gewinnung von graduierten Ingenieuren für das Gewerbelehramt und vielen anderen. Wir brauchen einen Vergleich unseres Bildungsprogramms für die nächsten Landtagswahlen nicht zu scheuen.

Trotz dieser unbestrittenen Fortschritte ist eine reformerische Bildungspolitik auch in der Zukunft noch nicht gesichert. Die Finanzsituation des Landes ist zwar durch den Kompromiß auf Bundesebene etwas verbessert worden, doch die Gefahr der bildungspolitischen Stagnation, ja sogar des Rückschritts ist nicht behoben. Deshalb wird Niedersachsen weiterhin für eine Änderung der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eintreten und die Erhöhung der Gesamteinnahmen aller öffentlichen Haushalte fordern. Ohne höhere Steuereinnahmen sind die von allen geforderten Veränderungen im Bildungswesen nicht zu finanzieren. Wenn wir uns Möglichkeiten für eine sozialdemokratische Bildungspolitik erhalten wollen, wird deshalb die Forderung nach mehr Steuereinnahmen noch nachdrücklicher als bisher in der politischen Auseinandersetzung vertreten werden müssen.

(-/ex/9.3.1972/kl)